Der Abend
18./XI. 1918

154

Die erste Anleihe.

Noch leben wir in einer bürgerlichen Republik, auf kapitalistischer Grundlage aufgebaut und eingerichtet, und so ist es begreiflich, wenn auch bedauerlich, daß sie ihr Leben mit einer Anleihe beginnt. Wenn sich die naturgesetzliche Entwicklung zum echten Sozialismus vollzogen haben wird, wird solcher Verkauf zukünftiger Arbeit des Volkes an die zinsheischende Kapitalistenklasse nicht länger möglich, aber auch nicht länger notwendig sein; derzeit ist er es, wenn nicht der Mangel an Zahlungsmitteln die Republik schweren Gefahren aussetzen soll. Deshalb ist es eine unerläßliche Pflicht, alles aufzubieten, damit sich das Kapital nicht der Pflicht des Anleihezeichnens entziehe. Das könnte leicht seine Absicht sein; das Kapital ist nicht republikanisch und könnte leicht auf den Einfall eines Boykott zugunsten monarchistischer Pläne geraten. Dem muß vorgebeugt werden. Außerordentlich viel wird dazu die Presse beitragen können und müssen; anders als zur Zeit des verlogenen Patriotismus, der das Zeichnen von Kriegsanleihen als Bürgerpflicht erklärte und dadurch dem Blutvergießen neue Kräfte zuführte, wird es diesmal sein: wer die Anleihe fördert, erhält die Republik für ihre kommenden großen befreienden Aufgaben; wer sich weigert, ist ein Feind der beginnenden Freiheit. Die bürgerliche Presse ohne Unterschied des Standpunktes muß diese Anleihe mit allem Nachdruck unterstützen, ob es ihr paßt oder nicht, und sie wird es um so entschiedener tun müssen, je ausgesprochener sie im bürgerlich-kapitalistischen Lager steht und dort Einfluß hat.

Die Anleihe wird aber zugleich eine gute erste Gelegenheit sein, diese Presse zu besseren, republikanisch reinen Sitten zu erziehen. Der Unfug muß aufhören, daß man den Patriotismus wie einen Bankbericht betrachtet, für den man nur dann eintritt, wenn man dafür bezahlt wird, und um so begeisterter, je höher das Pauschale ist. Dies geschah, wie man heute endlich sagen kann, wo kein Staatsanwalt die Wahrheit knebeln und die Verworfenheit schützen darf, bei den Kriegsanleihen in der sittenlosesten Weise; man wird staunen, wenn die republikanische Regierung, ihrer Pflicht gemäß, die Bankkosten der Kriegsanleihen und als Teil dieser Kosten die an die Blätter geleisteten Zahlungen für den Kriegsanleihepatriotismus veröffentlichen wird. Einen Teil dieser Aufgabe hoffen wir binnen kurzem an ihrer Statt erfüllen zu können. Da wird sich zeigen, was es kostete, die staatserhaltende Presse aller Glaubensbekenntnisse — auch die besonders staatstreue Fromme — in vaterländische Begeisterung zu versetzen. Das darf dieses Mal nicht geschehen. Es muß gesetzlich als Pflicht der Presse erklärt werden, die Anzeigen und Zeichnungseinladungen unentgeltlich zu veröffentlichen; höchstens daß in besonders berücksichtigungswerten Fällen Vergütung der Papierkosten geleistet werden könnte. Wenn die Zeitungen klug sind, werden sie das Opfer dieses Verzichts gern bringen, weil es ihren stark beschädigten Ruf heben und die Stimmung verbessern wird. Auch würde ihnen eine Weigerung doch nichts nützen; das Volk würde es sich kaum ohne ernsten Widerspruch gefallen lassen, daß sich die großen Zeitungsfabriken an der ersten Anleihe, die wirklich eine Volksanleihe ist, rücksichtslos und nach dem Muster des alten Systems bereicherten und daß das Volk die Kosten bezahlen müßte. Diese Zeiten sind zu Ende und kein Widerstand wird ihren Fall aufhalten.

Es wird nicht mehr möglich sein, daß man für die Kriegsanleihe Inseratenagenten aufnimmt, die gegen Provision mit den Zeitungen abschließen; keiner wird künftighin mit Blättern vom Schlage der „Neuen Freien Presse" bis zur „Reichspost" und „Sonn- und Montags-Zeitung" Inseratengeschäfte abschließen, die das Volk bezahlen muß, und kein Postsparkassengouverneur wird den Mut haben, sich mit hohen Orden dafür auszeichnen zu lassen, daß er zu Unsittlichkeiten dieser Art die Schecks ausgefertigt hat. Die Zeit ist vorüber wo die käufliche Presse jede neue Verschuldung des Staates mit Jubel begrüßte, weil sie ihr ein neues gutes Geschäft brachte. Mit den Bank- und Börsenjobbern wird sich auch ihre Presse um einen ehrlichen Erwerb umsehen müssen; in der Republik wird für ihr Handwerk kein Platz sein.

C.